

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Milchmenge reduzieren statt Betriebe zu ruinieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Krise auf dem Milchmarkt verschärft sich weiter. Die Milchpreise sind dramatisch gefallen und liegen weit unter den Erzeugungskosten. Sowohl die Mengensteigerung in zahlreichen europäischen Ländern nach dem Wegfall der Milchquote am 1. April 2015 als auch der Wegfall von Exportmärkten haben mit zu dieser Situation beigetragen. Die Preiskrise geht auch den saarländischen Milchviehbetrieben an die Substanz, die mit einer Milchproduktion von durchschnittlich 100 Millionen Kilogramm im Jahr das Rückgrat der saarländischen Landwirtschaft stellen. Die Existenz vieler dieser Höfe ist seit dem massiven Anstieg des Angebots gefährdet.

Das seit über einem Jahr gepflegte Paradigma, auf die Selbstregulierung des Marktes zu hoffen, hat zu keinerlei Verbesserungen geführt. Alleine können viele Bäuerinnen und Bauern die Krise schlichtweg nicht lösen. Vor allem kleinere Betriebe haben eine schlechte Verhandlungsposition gegenüber Handel und Molkereien und sind in ihrer Abhängigkeit vom Markt gefangen. Der Lebensmitteleinzelhandel und die Molkereien nutzen auf dieser Grundlage ihre große Marktmacht aus. Dies führt zu rücksichtslosem Preisdumping. Dennoch will der Bundesagrarminister die Milchmenge in Krisenzeiten nicht durch gesetzliche Mechanismen einschränken.

Das zur freiwilligen Reduzierung entworfene Maßnahmenprogramm, das mit „100 Millionen Euro + X“ in Form von Freibeträgen zur Schuldentilgung, Steuererleichterungen und Beihilfen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung der Situation begegnen will, verspricht kaum Wirkung. Denn die Hilfe soll an keine verbindliche Mengenreduzierung gebunden werden und wird längst nicht ausreichen, um die Landwirtinnen und Landwirte spürbar zu entlasten. Laut Aussage der Landesregierung stehen den saarländischen Betrieben nach aktuellen Berechnungen aus dem Programm gerade einmal 750.000 Euro zur Verfügung.

Die langfristige Lösung kann nur sein, auf nationaler und europäischer Ebene eine verpflichtende Mengenbegrenzung einzuführen. Nur so kann das Problem schnell und wirkungsvoll in den Griff bekommen werden.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf:

- sich auf nationaler und europäischer Ebene für eine verpflichtende Milchmengenreduzierung einzusetzen,
- darauf hinzuwirken, dass Soforthilfen an eine Mengenreduzierung gebunden werden,
- sich bei der Bundesregierung für ein klares Signal an die Molkereien einzusetzen, damit diese ihre Möglichkeiten zur Mengenreduzierung und zur Erhöhung der Auszahlungspreise vorlegen,
- sich dafür einzusetzen, dass eine Abschaffung der Abnahmeverpflichtung keinesfalls zu einer Verschlechterung der Verhandlungsposition der Erzeuger, einer Gefährdung der Milchablieferung, insbesondere in Randlagen, und einer weiteren Konzentration auf dem Milchmarkt führt.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.